

Teurer Parkplatz in Paris: Kommt jetzt das SUV-Verbot für Deutschland?

Umwelthilfe fordert höhere Parkgebühren für SUVs in Deutschland, inspiriert von Paris. Steigt der politische Druck auf deutsche Städte?

In Paris wurde kürzlich eine drastische Reform der Parkgebühren für schwere Autos eingeführt, die in Deutschland einen enormen politischen Druck auslöste. Diese Maßnahme verpflichtet Besucher, die schwere Fahrzeuge wie SUVs nutzen, deutlich höhere Parktarife zu entrichten. Mit der Erhöhung um das Dreifache müssen Autofahrer nun für eine Stunde im Stadtzentrum stolze 18 Euro und selbst für sechs Stunden 225 Euro zahlen.

Der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, sieht in diesen Veränderungen einen wichtigen Schritt. „Es bewegt sich was in Deutschland – die Menschen sind es leid, dass immer größere und gefährlichere Monstertrucks durch ihre Stadt fahren und die Straßen verstopfen,“ teilte Resch mit. Dies hat zur Folge, dass die Umwelthilfe bereits 324 Anträge auf höhere Parkgebühren für solche Fahrzeuge in Deutschland eingereicht hat. Das Interesse der Bevölkerung ist laut Resch erheblich, da über 21.000 Menschen diese Anträge unterstützt haben.

Die neue Regelung in Paris

Die Pariser Stadtverwaltung begründet die neuen Regeln mit der hohen Umweltbelastung, die von schweren Fahrzeugen ausgeht. Die Regelung umfasst Elektroautos mit einem Gewicht ab zwei

Tonnen sowie Benzin- oder Hybridfahrzeuge ab 1,6 Tonnen und schließt private Parkhäuser aus. Speziell ausgenommen sind jedoch Anwohner, Handwerker und Menschen mit Behinderungen, um deren Mobilität nicht zu gefährden.

Die Reaktionen auf das Modell aus Paris in Deutschland sind gemischt. Während einige Städte, wie Bonn, bereits höhere Gebühren in Aussicht stellen, zeigen sich andere, wie die Stadtverwaltung von Potsdam, wenig bereit für solche Maßnahmen. Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, äußerte sich skeptisch und bezeichnete die Einführung derartiger Gebühren als unrealistisch, da er mit rechtlichen Hürden rechne.

Politischer Druck und mögliche Änderungen

Die Umwelthilfe drängt auf eine Staffelung der Parkgebühren nach Fahrzeuggrößen, was in Städten wie Koblenz, Aachen und bald auch in Köln bereits umgesetzt wird. Resch erklärte, dass die Einführung einer Zulassungssteuer, analog zu Frankreich, ebenfalls von verschiedenen Oberbürgermeistern und Gemeinderäten gewünscht wird. „Eine Regelung wie in Paris würde auch in Deutschland dazu führen, dass wir endlich kleinere und leichtere Autos auf der Straße sehen würden,“ fügte er hinzu.

Dies zeigt zwar Fortschritte, jedoch bleibt abzuwarten, ob die politische und öffentliche Unterstützung für solche Maßnahmen in Deutschland ausreicht. Während Städte wie Hamburg bereits neue Gebührenordnungen erlassen haben, lässt eine flächendeckende Umsetzung von Änderungen nach Fahrzeuggröße auf sich warten.

Die Umwelthilfe bleibt dennoch optimistisch und sieht in der aktuellen Situation ein deutliches Zeichen für einen Wandel. „Die Diskussion um höhere Parkgebühren zeigt, dass das Bewusstsein für Umweltfragen und Verkehrssicherheit wächst,“ sagte Resch abschließend. Spannend bleibt die Frage, ob

deutsche Städte dem Beispiel aus Paris folgen werden und ihre Parkgebühren an die Fahrzeuggröße anpassen, um eine Verkehrswende hin zu umweltfreundlicheren Autos zu fördern.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)